Steuerpaket: SP baut neue Drohkulisse auf

Die Referendumsdrohung der Basler Genossen zielt weniger auf die eigene Regierungsrätin als vielmehr auf bürgerliche Senkungsgelüste.

Hans-Martin Jermann und Jonas Hoskyn

Ende März stellte die Basler Finanzdirektorin Tanja Soland (SP) ein 92 Millionen Franken schweres Steuersenkungspaket vor. Damit brachte sie vor allem eine Partei gegen sich auf – ihre eigene. Die SP wählte von allen die deutlichsten Worte. Werde das Paket der Regierung nicht nachgebessert, dränge sich ein Referendum auf. Die Drohung der Parteileitung hat bei den Genossinnen und Genossen hinter den Kulissen für einigen Gesprächsbedarf gesorgt: Würde die SP tatsächlich gegen die eigene Regierungsrätin in eine Volksabstimmung ziehen?

Das Verhältnis zu Finanzdirektorin Soland sei «absolut ungetrübt», sagt die SP-Leitung. Bild: niz

Tiefere Vermögenssteuer ist für viele eine rote Linie

Dass die Regierung ins Paket auch Entlastungen für Vermögende im Umfang von zwölf Millionen Franken aufgenommen hat, sorgt bei der SP nachhaltig für Verstimmung: «Steuersenkungen beim Vermögen sehen wir grundsätzlich kritisch, da davon nur die Privilegiertesten profitieren», sagt SP-Co-Präsidentin Lisa Mathys. Auch fuchst die Genossinnen und Genossen, dass die Regierung selber die Vermögenssteuersenkung lanciert hat; einen Auftrag des Parlaments gibt es nicht. Mathys bezeichnet das Verhältnis zu Soland gleichwohl als «absolut ungetrübt».

Dass die Vermögenssteuersenkung moderat ausgestaltet und somit eher symbolischer Natur ist, vermag die Linken nicht zu besänftigen. Einige sehen darin eine Retourkutsche für die vom Volk angenommene Topverdiener-Initiative. Doch es gibt auch grundsätzliche Kritik am Steuerpaket, wie Hintergrundgespräche dieser Zeitung mit einflussreichen SP-Vertretenden zeigen: Fast alle Massnahmen gehen auf Forderungen von Bürgerlichen zurück. Zur Erinnerung: Das letzte grosse Steuersenkungspaket, das Solands Vorgängerin Eva Herzog 2018 im Hinterzimmer mit den Parteispitzen geschnürt hatte, enthielt nicht nur Steuersenkungen und höhere Abzüge, sondern auch den Ausbau sozialer Leistungen – etwa bei Prämienverbilligungen oder Kinderzulagen.

> «Wir wollen nicht unnötig Radau machen, sondern vor allem das Paket verbessern.»
>
> **Lisa Mathys**
> Co-Präsidentin SP Basel-Stadt

«Die beiden Steuerpakete lassen sich nicht miteinander vergleichen», stellt Mathys klar. Im neusten Fall habe es keine Gespräche zwischen Parteispitzen und Regierungsmitgliedern gegeben, zudem sei die Regierungsmehrheit heute eine andere. Wie ausgewogen das vorliegende Paket daherkommt, ist auch in der SP umstritten. Klar ist aber, dass die Massnahmen mehrheitlich dem mittleren und oberen Mittelstand zugutekommen. Personen allerdings, die in Basel zu einem nicht unerheblichen Anteil zur Klientel von Rot-Grün zählen. Ein Dilemma.

Ärger über Regierungs-Nein zur Kita-Initiative

Es gibt noch einen weiteren Punkt, der viele Linke ärgert: Bisher hat die Regierung die Kinderbetreuungsinitiative der SP, die zwei Tage Gratis-Kita für alle fordert, abgelehnt und dabei mit den zusätzlichen Kosten von rund 54 Millionen Franken pro Jahr argumentiert. Aus Sicht der Linken wäre es auf der Hand gelegen, mit dem Steuerpaket der Initiative entgegenzukommen. Zumal gleichzeitig die bürgerliche Forderung nach höheren Abzügen für die Kinderbetreuung erfüllt wurde. Diese kommt aber vor allem Doppelverdienenden zugute, die ihre Kinder täglich betreuen lassen. Stattdessen drohen die Steuersenkungen die Reserven zur Finanzierung der SP-Forderungen aufzufressen.

Bürgerliche fordern weitere Steuersenkungen

Seit dieser Woche verhandelt nun die Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) des Grossen Rats über das Steuersenkungspaket. Klar ist: SP und Grün-Alternatives Bündnis stellen in der 13-köpfigen Kommission die Mehrheit, könnten es also nach Belieben abändern oder gar zurückweisen.

Mathys findet, dass anstelle der Vermögenssteuersenkung etwa bei tieferen bis mittleren Einkommen eine zusätzliche Progressionsstufe eingebaut oder der Freibetrag erhöht werden könnte. «Damit könnte die Einkommenssteuer gesenkt und zugleich sozialer ausgestaltet werden», sagt sie. «Der Fokus liegt für uns ganz klar auf den Steuerpflichtigen, die Ende des Monats überlegen müssen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen.»

Umgekehrt gehen vielen bürgerlichen Politikerinnen und Politikern die vorgeschlagenen Senkungen nicht weit genug. «Das Steuerpaket ist zu knapp bemessen», sagt FDP-Grossrat und Finanzpolitiker Luca Urgese. «Es ist ohne weiteres möglich, das Paket grosszügiger zu gestalten, ohne den Kanton in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen.» In den vergangenen Jahren habe der Kanton im Schnitt Überschüsse von 300 Millionen Franken erzielt. «Die nun geplante Senkung der Einkommenssteuer ist mit einem halben Prozentpunkt zu knapp bemessen», sagt Urgese.

Referendum gegen Solands Paket kaum zu gewinnen

Falls sich linkes und bürgerliches Lager in der WAK nicht einigen können, werden dem Grossen Rat zwei Berichte präsentiert. Dann ist die Chance gross, dass die Bürgerlichen mit Unterstützung der GLP im Ratsplenum ihre Pläne durchboxen. Vor diesem Hintergrund erhält die Referendumsdrohung der SP eine neue Dimension. Diese richtet sich wohl weniger gegen die Pläne der eigenen Regierungsrätin als vielmehr gegen Gelüste der Bürgerlichen nach weiterführenden Senkungen.

Für viele Linke ist nämlich klar, dass man in einem Abstimmungskampf gegen Solands aktuellen Vorschlag sehr wahrscheinlich auf verlorenem Posten stehen würde. Ein bürgerliches Überborden bei Steuersenkungen wäre hingegen ein gefundenes Fressen. SP-Co-Präsidentin Mathys kommentiert diese Einschätzung nicht. Ebenso könne sie nicht sagen, in welchem Fall die Partei ein Referendum ergreifen würde. Dies entscheide der 40-köpfige Parteivorstand. Mathys stellt aber klar: «Wir wollen nicht unnötig Radau machen, sondern vor allem das Paket verbessern.»

Mit Adil Koller verzichtet der nächste Topfavorit der SP

Wer will neben Kathrin Schweizer aufs rote Doppelticket für die Baselbieter Regierungswahl? Der Alt-Parteipräsident erklärt seine Absage.

Interview: Bojan Stula

Adil Koller, am Sonntag endet die parteiinterne Meldefrist für eine Regierungskandidatur. Werden Sie sich nun für den freien Platz neben Kathrin Schweizer auf dem SP-Doppelticket bewerben?
Adil Koller: Nein, ich verzichte auf eine Kandidatur und unterstütze dafür Thomas Noack.

Sie stellen also Ihre eigenen Ambitionen zurück, obschon Sie öffentlich so hoch gehandelt worden sind?
Dieser Zuspruch und die vielen Zuschriften haben mich natürlich sehr gefreut. Als Thomas Noack aber für seine eigene Kandidatur zusagte, war für mich klar, dass ich nicht antrete.

Weshalb?
Zum einen ist Thomas bestens qualifiziert und in meinen Augen ein hervorragender Kandidat, wie man sich keinen besseren wünschen kann. Er verfügt über inhaltliche Substanz und eine langjährige berufliche und politische Führungserfahrung. Seine Kandidatur hat mir meine Entscheidung leicht gemacht, mich auf meine neue berufliche Aufgabe zu konzentrieren. Ich trete in den nächsten Monaten eine Stelle bei den SBB an. Das Team, in dem ich mitarbeiten darf, beschäftigt sich mit der Fernverkehrskonzession des Bundes und der Kooperation mit anderen Bahnen. Das ist ein strategisches und politisches Aufgabenfeld. Ich freue mich sehr darauf. Ein Regierungswahlkampf würde voll in die ersten Anstellungsmonate fallen. Deshalb passt das für mich aktuell nicht.

Man könnte Ihren Verzicht und jenen von SP-Fraktionschef Roman Brunner (diese Zeitung am Donnerstag) auch so deuten, dass man die eigene Regierungsrätin Kathrin Schweizer nicht durch einen zu starken Partner auf dem Ticket in Gefahr bringen will.
Mit einer solchen Strategie wären wir schlecht beraten. Die Gründe für Roman Brunners und meine Absage sind ja nachvollziehbar und haben nichts mit Wahltaktik zu tun. Thomas Noack ist ein sehr starker Kandidat, der zudem andere Themenfelder als Kathrin Schweizer abdeckt und diese deshalb im Wahlkampf ideal ergänzen wird. Er verfügt über das perfekte Profil für einen Regierungsrat. Daneben darf man nicht vergessen, dass Thomas Noack 2019 hinter Kathrin Schweizer das zweitbeste Landratsresultat im ganzen Kanton gemacht hat und als Gemeinderat in Bubendorf stets glänzend abschnitt.

Also bleibt es dabei, dass Sie ausser dem Landratsmandat vorerst keine weiteren Ämter in der SP anstreben?
Ich bin sehr froh darüber, dass die parteiinterne Personalpolitik nun vorerst für mich abgeschlossen ist und ich meine Energie voll in den Abstimmungskampf gegen die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes investieren kann. Ich setze mich für die Menschen ein, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Deswegen kämpfe ich entschlossen gegen dieses Gesetz. Mit den vorgesehenen Kürzungen werden Armutsbetroffene bestraft. Das geht gar nicht.

Sabine Asprion wartet ab, GLP sondiert

Regierungswahlen 2023 Angesichts des gelichteten SP-Kandidatenfelds stellt sich die Frage, ob überhaupt noch jemand intern gegen den Bubendörfer Thomas Noack (60) antreten möchte. Auch die Juso werden laut Co-Präsidentin Elena Kasper keine eigene Kandidatur stellen. Immerhin bestätigt die Laufner Stadträtin Sabine Asprion (51) am Freitag ihr Interesse, erste Regierungsrätin aus dem Laufental werden zu wollen. Mit ihrem Entschluss will sie sich jedoch bis zum morgigen Ablauf der Meldefrist Zeit lassen, da sie ihre berufliche Situation nochmals überdenken müsse.

Mit weiteren Kandidaturen rechnet man innerhalb der SP bis zur entscheidenden Delegiertenversammlung am 15. Juni nicht mehr, wobei aber spontane Bewerbungen nicht auszuschliessen sind. Hierfür müssten die SP-Delegierten allerdings per Ordnungsantrag nachträglich die Meldefrist verschieben, und die betreffende Person zuvor von einer Ortssektion oder Gruppierung nominiert worden sein, wie Parteisekretärin Yasmine Perrinjaquet ausführt.

Inzwischen machen sich auch die Baselbieter Grünliberalen ernsthafte Gedanken über eine eigene Regierungskandidatur, bestätigt GLP-Landrat Yves Krebs. Eine interne Findungskommission sei eingesetzt und damit beauftragt worden, valable Kandidaturen bis zur Parteiversammlung Mitte August zu evaluieren. Es ist kein Geheimnis, dass die amtierende Landratspräsidentin Regula Steinemann für viele Mitglieder die Wunschkandidatin wäre, wobei die 41-jährige Advokatin noch Mitte Januar in dieser Zeitung eine Kandidatur eher kritisch sah, sich nun aber bis Sommer hintersinnen möchte. *(bos)*